

## Beschlussempfehlung und Bericht des Verkehrsausschusses (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 20/10386 –

### Binnenschifffahrt stärken

#### A. Problem

Die Fraktion der CDU/CSU hat einen Antrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden soll, die Binnenschifffahrt in Deutschland als nationale Aufgabe zu begreifen, sie entsprechend zu stärken und zu finanzieren und die rechtlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. zu verbessern.

#### B. Lösung

**Anlehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD.**

#### C. Alternativen

Annahme des Antrags, Annahme mit Änderungen.

#### D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/10386 abzulehnen.

Berlin, den 15. Juli 2024

**Der Verkehrsausschuss**

**Udo Schiefner**  
Vorsitzender

**Bernd Reuther**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Bernd Reuther

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache **20/10386** in seiner 157. Sitzung am 14. März 2024 beraten und hat ihn an den Verkehrsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, den Ausschuss für Digitales und den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragstellerin führt aus, dass die Wasserstraße eine wichtige Säule der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland sei. Die Binnenschifffahrt berge enormes Potential zur Einsparung von Treibhausgasemissionen und zur Entlastung von Straße und Schiene. Sie fungiere zudem als Zubringer und Bindeglied in der Logistikkette für den Seeverkehr und sei für die Exportnation Deutschland von großer Bedeutung.

Nach Ansicht der Antragstellerin seien die von der Ampelkoalition für die Wasserstraße vorgesehenen Haushaltsmittel zu gering, um den strukturellen Mittelbedarf rund um die Bundeswasserstraßen abzubilden und steigende Kosten ausgleichen zu können. Die Antragstellerin fordert daher u. a. verschiedene Maßnahmen von der Bundesregierung zu höherer finanzieller Förderung der Binnenhäfen sowie stärkerer Finanzierung des Ausbaus der Wasserstraßen. Ferner solle die Bundesregierung ein Bürokratieabbauprogramm bei Genehmigungsverfahren für Planung, Errichtung und Betrieb von Lager- und Umschlagseinrichtungen starten sowie die personelle Situation der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes verbessern. Zudem solle sie Maßnahmen ergreifen, um die Ausbildung von Arbeitskräften und das Image der Wasserbauberufe und -studiengänge zu verbessern.

Neben Forderungen zur Verbesserung diverser regionaler Gegebenheiten im Bereich der Wasserstraßen enthält der Antrag weiterhin Forderungen, die technischen Rahmenbedingungen im Bereich der Häfen zu verbessern sowie Investitionen in die digitale Infrastruktur an Wasserstraßen zur Vernetzung der Häfen, Schleusen und Schiffe zu priorisieren.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/10386 in seiner 78. Sitzung am 12. Juni 2024 beraten. Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD zu empfehlen, den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(15)278 abzulehnen. Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung des Antrages auf Drucksache 20/10386.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz hat den Antrag auf Drucksache 20/10386 in seiner 76. Sitzung am 12. Juni 2024 beraten. Den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(15)278 hat er mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW abgelehnt. Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW die Ablehnung des Antrages auf Drucksache 20/10386.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 20/10386 in seiner 72. Sitzung am 12. Juni 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und den Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

Der Ausschuss für Digitales hat den Antrag auf Drucksache 20/10386 in seiner 66. Sitzung am 12. Juni 2024 beraten. Den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(15)278 hat er mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt. Der **Ausschuss für Digitales** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/10386.

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie hat den Antrag auf Drucksache 20/10386 in seiner 113. Sitzung am 12. Juni 2024 beraten. Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, die Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(15)278 zu empfehlen. Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung des Antrages auf Drucksache 20/10386.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der Verkehrsausschuss hat in seiner 67. Sitzung am 20. März 2024 eine öffentliche Anhörung zu dem Antrag auf Drucksache 20/10386 beschlossen, die er in seiner 71. Sitzung am 13. Mai 2024 durchgeführt hat. An der Anhörung haben folgende Auskunftspersonen teilgenommen:

- Steffen Bauer, HGK Shipping GmbH, Vorsitzender der Geschäftsführung
- Jürgen Collée, Kapitän in der Binnenschifffahrt
- Dipl.-Ing. Stefanie von Einem, Ingenieurverband Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (IWSV) e.V., Vorsitzende
- Dipl.-Ing. Thomas Groß, Hülskens Wasserbau GmbH & Co. KG, Geschäftsführer
- Lea Herzig, ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Bundesfachgruppe Bund und Länder, Gewerkschaftssekretärin
- André Scheer, ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Fachbereich Maritime Wirtschaft, Gewerkschaftssekretär
- Jens Schwanen, Bundesverband der Deutschen Binnenschifffahrt e. V. (BDB), Geschäftsführer
- Cok Vinke, Contargo Waterway Logistics BV, Geschäftsführer

Die schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen wurden als Ausschussdrucksache 20(15)260-A-H verteilt und auch im Internet veröffentlicht. Wegen des Inhalts der Anhörung wird auf das Wortprotokoll der 71. Sitzung des Verkehrsausschusses verwiesen, das ebenfalls im Internet abrufbar ist.

Der Verkehrsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/10386 in seiner 79. Sitzung am 26. Juni 2024 abschließend beraten. Die Fraktion der AfD hat zu dem Antrag einen Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 20(15)278 mit folgendem Inhalt eingebracht:

*Arbeitskreis Verkehr*

*der Fraktion der AfD des Deutschen Bundestags*

*20. Wahlperiode*

*Änderungsantrag*

der Abgeordneten René Bochmann, Dr. Dirk Spaniel, Wolfgang Wiehle, Dirk Brandes, Thomas Ehrhorn, Leif-Erik Holm, Dr. Rainer Kraft und Mike Moncsek

zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU

BT-Drucksache 20/10386

Binnenschifffahrt stärken

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zum o.a. Antrag unter Weglassung des folgenden Punktes:

9. auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, das EU-Emissionshandelssystem nicht erst für Schiffe ab 5000 Bruttoregistertonnen anzuwenden, sondern für die gesamte Schifffahrt und mindestens 75 Prozent der daraus entstehenden Einnahmen in die Schifffahrt zurückzugeben;

Der Satz in der Begründung: „Häfen haben als Hubs für Produktion, Lagerung und Verteilung von Energie eine wesentliche Rolle bei der Energiewende“; wird ebenfalls weggelassen.

Begründung

Der wegzulassende Punkt ist nach Auffassung der Antragsteller nicht geeignet eine Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Binnenschifffahrt herbeizuführen.

Für die sogenannte „Energiewende“ ohne Wohlstandsverluste gibt es, nach Auffassung der Antragsteller, keinerlei praktische Beispiele in anderen Ländern, die sogenannte Energiewende ist nach Überzeugung der Antragsteller einer der Gründe für die aktuellen Wohlstandsverluste und das gegenüber vergleichbaren Industrienationen geringe Wachstum in Deutschland.

Berlin, den 11. Juni 2024

Dr. Dirk Spaniel, Wolfgang Wiehle, René Bochmann, Dirk Brandes, Thomas Ehrhorn, Leif-Erik Holm, Dr. Rainer Kraft und Mike Moncsek.

Die **Fraktion der SPD** betonte, dass die Binnenschifffahrt zentral dafür sei, die Industriestandorte Deutschlands gut zu bedienen. Im Bereich der Bundeswasserstraßen finanziere man nicht nur die Infrastruktur im Allgemeinen, sondern auch Tunnelanlagen, größere Hochbrücken, Naturschutzmaßnahmen sowie Maßnahmen der Wasserwirtschaft. Ebenso sei das Thema der Seewasserstraßen nicht zu vernachlässigen. Man habe viele Planfeststellungsbeschlüsse ohne anschließende Klageverfahren erreicht, was beispielgebend sei. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU greife zu kurz, weil die Themen „Seewasserstraßen“ und „Personenschifffahrt“ nicht erwähnt worden seien.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte, dass es von der Ampelkoalition bisher keine Initiativen zur Stärkung der Binnenschifffahrt gegeben habe. In der Anhörung hätten die vertretenen Verbände vielen Punkten ihres Antrages zugestimmt. Es bedürfe dringend einer Stichtagsregelung, um wichtige Infrastrukturprojekte für die Binnenschifffahrt beschleunigen zu können. Offen seien die Fragen, welche Ergebnisse die Arbeitsgruppensitzungen zur Finanzierung der Binnen- und Seeschifffahrt erzielt hätten und ob das Förderprogramm zur nachhaltigen Modernisierung von Binnenschiffen fortgeführt werde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** äußerte, dass man viele Forderungen aus dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU befürworte. Sie bemängelte aber, dass diese Forderungen nicht priorisiert seien, was zur Stärkung der Binnenschifffahrtsseite insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Haushalts- und Personalsituation erforderlich sei. Die Binnenschifffahrt spiele nicht nur eine wichtige Rolle für den Wirtschaftsstandort Deutschland, sondern auch für die Einsparung von Treibhausgasen im Transport. Um diese Faktoren zu stärken, haben man beispielsweise die Förderung zur Modernisierung der Binnenschifffahrt auf den Weg gebracht. Der Zustand von Wehren und Schleusen zeige nicht nur, wie dringend nötig die Modernisierung der Infrastruktur sei, sondern auch, dass diesbezüglich in den letzten Jahrzehnten viel versäumt worden sei. Die öffentliche Anhörung habe gezeigt, dass es viel Potenzial, Innovationskraft und auch Zuversicht gebe, dass dieser Verkehrsträger bei der Energiewende eine wesentliche Rolle spielen könne.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, dass die alte Bundesregierung den Masterplan Binnenschifffahrt vorgelegt aber nicht viel davon umgesetzt habe. Daher sei es wichtig, gemeinsam daran weiterzuarbeiten. Bei allem bestehenden Sanierungsbedarf sei die Binnenschifffahrt ein gut funktionierender, stabiler und verlässlicher Verkehrsträger, für den die jetzige Bundesregierung auch in schwierigen Haushaltslagen finanzielle Mittel zur Verfügung stelle. Die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt (GdWS) lege ein großes Augenmerk darauf, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und qualifiziertes Personal zu rekrutieren. Ferner sei es dringend notwendig, die Strukturen innerhalb der GdWS zu überprüfen. Viele Forderungen aus dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU würden von der Bundesregierung bereits umgesetzt oder die Umsetzung sei in Vorbereitung.

Die **Fraktion der AfD** äußerte, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Hafenstandorts Deutschland in einem bedauernden Zustand sei. Statt klimaneutralen Schifffahrtsträumen und Transformationsideologien brauche Deutschland eine intakte, zukunftsfähige Infrastruktur und sichere Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse. Dass die Elbe nur sechs Monate im Jahr befahrbar sei, könne keine wettbewerbsfähige Grundlage für Häfen wie Torgau, Roßlau, Riesa und andere deutsche Binnenhäfen sein. Offen sei die Frage, weshalb bei Absolventen der Seefahrtsschulen die Zeiten von der Anmusterung bis zur Abmusterung auf Seeschiffen zum Ausfahren ihrer Patente angerechnet würden, nicht jedoch bei den Binnenschiffern. Hinzu komme, dass nur 180 Tage anerkannt würden, auch wenn Binnenschiffer mehr Tage an Bord gewesen seien.

Die **Gruppe Die Linke** schloss sich der grundsätzlichen Analyse des Antrags der Fraktion der CDU/CSU an, dass die Bundeswasserstraßen in einem unzureichenden, zum Teil auch dramatischen Zustand seien. Demzufolge befürworte sie auch die Forderung nach einer adäquaten finanziellen Ausstattung, insbesondere der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung. Der Antrag werde aber der Bedeutung der Beschäftigten in dem Sektor nicht gerecht und adressiere die nötige Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Ausbildung und Qualifizierung der Beschäftigten nicht in ausreichendem Maße. Darüber hinaus fordere der Antrag, von der Abschaffung der Befreiung der Binnenschifffahrt von Steuern auf Gasöl abzusehen sowie die Standards bei der Sanierung und beim Ausbau der Wasserstraßen abzusenken. Beidem könne man nicht zustimmen.

Der Verkehrsausschuss hat den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(15)278 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt.

Der **Verkehrsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/10386.

Berlin, den 15. Juli 2024

**Bernd Reuther**  
Berichterstatter



